

Judith & Reiner Bernstein

Offener Brief zur Affäre Möllemann/Karsli¹

Wir sind ein „deutsch-jüdisches“ Ehepaar. Gemeinsam mit unseren Kindern versuchen wir, am Studien- und Arbeitsplatz sowie im Verhältnis zu Freunden und Kollegen ein Beispiel alltäglicher Selbstverständlichkeit zu demonstrieren. Wegen des historischen Zusammenhangs zwischen dem Holocaust und der Gründung des Staates Israel bemühen wir uns darüber hinaus um einen Brückenschlag zwischen jüdischen Israelis und arabischen Palästinensern. Wir tun dies durch Kooperationen und Vorträge, mittels eigener Veröffentlichungen sowie im Rahmen häufiger Aufenthalte im Nahen Osten. Solche Reisen dienen dem Ziel, in Begegnungen und Gesprächen mit Israelis und Palästinensern persönliche Erfahrungen zu sammeln und sie in deutsche öffentliche Diskussionen einzubringen.

Mit desto größerer Bestürzung verfolgen wir die Äußerungen aus den Reihen der Freien Demokratischen Partei, vornehmlich aus drei Gründen:

Sie offenbaren noch einmal die Illusion, dass der Generationenwechsel in Deutschland für eine wissende Unbefangenheit im Umgang mit dem Holocaust sorgen werde. Das Gegenteil ist der Fall: Antijüdische Ressentiments sind nicht auf die politischen Extreme beschränkt, sondern leben in der Mitte der Gesellschaft fort; sie sind ein Bindeglied zwischen „rechts“ und „links“. Aus dem ominösen Schweigen von Intellektuellen, Schriftstellern und Künstlern in der Affäre lesen wir das Bedürfnis heraus, eine Äquidistanz zwischen dem Antisemitismus und dem Bedürfnis nach nationaler Normalität zu suchen. Martin Walsers Klage über Auschwitz als „Moralkeule“ scheint eine neuerliche Bestätigung zu erfahren.

Es ist richtig, dass in Israel bisweilen der Vorwurf erhoben wird, die Siedler in der Westbank und im Gazastreifen sowie das Militär bedienten sich bei der Behandlung der palästinensischen Bevölkerung gewalttätiger Methoden, die an die deutsche Besetzung Europas im Zweiten Weltkrieg erinnerten. Solche israelischen Vergleiche zielen darauf ab, das Vermächtnis der jüdischen Ethik, das allzu häufig mit Füßen getreten wird, gegen den israelischen Ethnozentrismus in Erinnerung zu rufen. Es ist aber etwas anderes, wenn sich deutsche Kritiker auf israelische Skandale berufen. Denn ihnen geht es nicht um die Würde der Ermordeten, sondern um die Einebnung der deutschen Verbrechen durch die Fabrikation vermeintlicher Parallelen; ihre Absurdität würde sich beim Besuch eines früheren deutschen Konzentrationslagers erweisen. Instrumentalisierungen dieser Art hinterlassen einen üblen

¹ Offener Brief vom 26.5.2002, der in verschiedenen Zeitungen auszugsweise zitiert und in dem Buch von Marcel Pott „Schuld und Sühne im Gelobten Land“ (Köln 2002) wieder aufgenommen wurde.

Beigeschmack, wenn sich Kritiker Israels notorisch auf die Gnade ihrer späten Geburt berufen und jede historische Verantwortung von sich weisen.

Die Affäre Möllemann/Karsli hat ihren Anlass weit hinter sich gelassen, die israelische Politik zur Ordnung zu rufen. Vielmehr zielt sie darauf ab, das wahlstrategische „Projekt 18“ mittels Aktivierung dumpfer Gefühlslagen zugunsten der FDP zu erreichen; der in Mannheim proklamierte Spaß an der Politik nimmt eine gesellschaftlich gefährliche Wende. Wenn Guido Westerwelle die populistische Effekthascherei durch die Betonung der Freundschaft mit dem Staat Israel neutralisieren will, setzt er zu einem faulen Spagat an. Wer Michel Friedman als Anwalt des offiziellen Israel in die Schranken weist, aber über den arabischen Lobbyisten Jürgen Möllemann kein Wort verliert und zur demokratischen Abstinenz arabischer Regierungen schweigt, bringt sich um seine liberale Glaubwürdigkeit. Denn er nährt den Verdacht, dass die Verletzung elementarer staatlicher Verpflichtungen eine innerarabische Angelegenheit seien, in die sich die Einmischung verbiete.

Ohne Sympathien für das autoritäre Regime Yasser Arafats zu hegen, machen wir keinen Hehl aus unserer Ablehnung der israelischen Regierungspolitik. Seit langem fordern wir eine offene Nahostdiskussion in der Bundesrepublik, die den Prinzipien von Demokratie und Rechtsstaat, von Toleranz und Pluralismus verpflichtet ist. Lange wurde sie mit der stereotypen Wiederholung der Formel von der Besonderheit der deutsch-israelischen Beziehungen delegitimiert und unterdrückt. Auch in den jüdischen Gemeinden wäre ein vertieftes Nachdenken darüber angezeigt gewesen, dass das Leben jedes einzelnen Juden von der natürlichen Achtung genuiner Traditionen und Auffassungen seitens der Mehrheitsbevölkerung abhängig ist. Heute stellen wir fest, dass die bisherigen Versäumnisse in eine unheilige Allianz mit judenfeindlichen Stimmungen zu münden drohen.

Im Blick auf den Nahen Osten plädieren wir dafür, dass das Verhältnis von politischen Ursachen und Wirkungen zur Kenntnis genommen wird. Nicht erst seit dem Amtsantritt Ariel Sharons werden die nationalen Ansprüche des palästinensischen Volkes mit Füßen getreten. Wir sind bestürzt, dass es ein allzu großer Teil der israelischen Öffentlichkeit zulässt, wenn nicht gar ihre Regierung darin unterstützt, dass palästinensische Männer, Frauen und Kinder kollektiv für Delikte und Verbrechen einzelner bestraft werden. Unsere Solidarität und unsere Hilfe gilt jenen Kräften auf beiden Seiten, die sich für die Schaffung eines souveränen palästinensischen Staates neben Israel einsetzen.

Email: Reiner.Bernstein@web.de
